



WIR SIND, WAS WIR ERINNERN

ZUR GESCHICHTE DER STUDIERENDEN
DER UNI ZÜRICH VON 1968 BIS 2008



Studierendenrat der Universität Zürich (Hg.):
Wir sind, was wir erinnern. Zur Geschichte der
Studierenden der Uni Zürich von 1968 bis 2008.

© StuRa der Universität Zürich 2008
Schriften: Colonel und FF DIN
Verlag: Theodor Schmid, Zürich
Druck: Stiftung Zentralstelle der
Studentenschaft der Universität Zürich

ISBN 3-906566-70-6
ISBN 978-3-906566-70-2

VORWORT

Geschichte ist Ansichtssache. Wer sie schreibt, interpretiert sie. Als die Universität Zürich 1983 ihr 150-Jahre-Jubiläum feierte, entschied sich eine Gruppe von Studierenden eine Gegenfestschrift zur offiziellen Jubiläums-Publikation zu schreiben. Sie schrieben ganze hundert Seiten in politisch-polemischer Manier. Zur Veröffentlichung kam es nie. *Geschichte ist aber auch Veränderung.* 25 Jahre nach der gescheiterten Gegenfestschrift ist es unser Privileg, die erste studentische Publikation zur Geschichte der Studierenden an der Universität Zürich vorzulegen. Wir tun dies heute nicht mehr im Geiste einer Gegenfestschrift, sondern im Sinne einer Generation der Konsolidierung und der Suche nach Stabilität.

Geschichte ist Erinnern. Der schnelle Generationenwechsel an der Universität erschwert die wichtige Auseinandersetzung mit der Vergangenheit und lässt zentrale Ereignisse in der Studierendengeschichte schnell in Vergessenheit geraten. Das Projekt «Z(w)eitwissen», in dessen Rahmen diese Publikation entstanden ist, nimmt sich der wichtigen Aufgabe des Erinnerns an. Denn Erinnerungen bilden einen wichtigen Teil unserer Identität. *Wir sind, was wir erinnern.* Erinnerungen behandeln Früheres und gehören dennoch der Gegenwart an. Sie vermengen Individuelles mit kollektiven Erinnerungsmustern. Diese Verbindung zwischen Vergangenheit und Gegenwart, Individuellem und Kollektivem ist der Punkt, an dem die Geschichte lebt und sich immer wieder neu entfaltet.

Im Zentrum des Projektes «Z(w)eitwissen» steht die Geschichte der Studierenden an der Universität Zürich in den letzten vierzig Jahren. Der vorliegende Band zeigt historische Entwicklungen auf, füllt Wissenslücken und kratzt an verkrusteten Mythen. In den Monaten März und April 2008 ergündet eine Ausstellung denselben Zeitraum, bedient sich dabei der «oral history». Interviews mit ehemaligen Studierenden sind zu sehen und zu hören und bieten so eine wertvolle Ergänzung zu dieser Festschrift.

Dank gebührt allen Mitwirkenden und unseren Projekt-PartnerInnen.

Projektleitung Z(w)eitwissen
Zürich, im Januar 2008

Carol Ribi

INHALT

Andi Gredig: Studierendenpolitik: Ein Massenphänomen.....	6
David Eugster: Die Uni und die Bewegung: Kurze Geschichte eines Vertrauensverlusts.....	32
Lukas Messmer: Der grosse «Reformator» als universitärer Konservierer.....	42
Katja Jug / Lukas Messmer «Die Studierenden waren wütender auf mich als ich auf sie.».....	50
Joel Bedetti: Zum Scheitern verurteilt: Der VSU.....	58
Marius Stricker / Andi Gredig: «Es war etwas Rebellisches» Die alternative Festschrift 1983.....	68
Emanuel Wyler: Der Kampf um die «offene Uni».....	76
Min Li Marti: Als Feminismus noch cool war.....	88
Sergej Rickenbacher: Eine grosse Familie mitten im Hochschulquartier.....	96
Stefanie Pfändler: Schreibfabrik und Versuchslabor: vom Zürcher Studenten zur WOZ.....	104
Mirko Hofmann: Tausenden Studierenden ein Zuhause ermöglichen.....	116

Vanessa Georgoulas: Studentische Selbsthilfe seit über 100 Jahren.....	126
Tobias Bernet: SUZ 2008: Plädoyer für einen Neuanfang.....	134
Zeittafel zur Studierendengeschichte.....	138
Quellenverzeichnis.....	148
Bildnachweise.....	150
Mitwirkende.....	152
Unsere PartnerInnen.....	154
Dank an.....	155
Glossar.....	156

DIE UNI UND DIE BEWEGUNG: KURZE GESCHICHTE EINES VERTRAUENSVERLUSTS

Die Jugendunruhen der 80er-Jahre beschäftigten auch die Uni. Der Stein des Anstosses: Ein Film über die Ereignisse vor dem Opernhaus, gedreht von Studierenden. Für einmal ergriff das Rektorat gegen Alfred Gilgen Partei und schloss das Corpus Delicti sicher im Universitätsresor ein. Auch eine Studie über die Bewegung beäugte man kritisch: Lieferte die «teilnehmende Beobachtung» bereits Informationen an den Schnüffelstaat? Text von David Eugster

Am Osterwochenende 1981 drang die Aktionsgruppe «Froschblick» in die Arbeitsräume des Soziologischen Instituts an der Wiesenstrasse 8 im Zürcher Seefeld ein. Gestohlen wurde nur Papier, Daten zu einer laufenden Studie zur 80er-Bewegung in Zürich: Darunter eine Dokumentensammlung und eine Adresskartei zur Bewegung und deren SympathisantInnen. Kaputtgemacht wurde, sah man von den Sprayereien im Flur ab, nichts. Zwei Wochen später schlug die selbe Gruppe erneut zu: Ein Mitglied gab sich bei der Druckerei «ropress» als Velokurier aus und entwendete bereits fertig montierte Druckvorlagen für eine Serie von Fragebogen. Wenige Tage nach dem Raub wurde ein Flugblatt in Umlauf gebracht, worauf die Mitglieder der bestohlenen «Soziologenequipe» als Schnüffler und Jäger bezeichnet wurden, die mit dem «Polizeicomputer» unter einer Decke steckten. Als Folge darauf verweigerte die Druckerei «ropress», die der Bewegung nahe stand, jede weitere Zusammenarbeit: Man wolle nicht als «linkes Alibi dienen». Die Druckerei beantwortete die in der Bewegung diskutierte Frage, «ob die Soziologen nun künftige Sozialpolizisten seien oder nicht» mit ihrem Rückzug aus dem Forschungsprojekt.

Die Affäre war mittlerweile öffentlich geworden. Die Soziologen verzichteten auf die geplante Befragung, vertiefende Interviews und teilnehmende Beobachtungen waren in der Folge ohnehin praktisch unmöglich geworden, zu gross war das Misstrauen. Die soziologische Studie zur «Bewegung» war gescheitert. Sie wäre als Teil eines grösseren Forschungsprojekts zu den politischen Mobilisierungsprozessen in der Schweiz vorgesehen gewesen. Von den zehn geplanten Studien konnten schliesslich nur acht wirklich im Band «Bewegung in der Schweizer

Politik» veröffentlicht werden: Die «Progressiven Organisationen der Schweiz» (POCH) zogen sich als Reaktion auf die Affäre ebenfalls zurück.

Dabei war der Soziologe Hanspeter Kriesi (heute Professor am Politikwissenschaftlichen Institut der Universität Zürich), dessen Teiluntersuchung die Reaktion der Bewegung hervorrief, durchaus darauf bedacht gewesen, jegliche Repressionsvorwürfe von vornherein aus dem Weg zu räumen. Nicht nur als Soziologe sei er an die Bewegung herangetreten, sondern auch als «einer, der 1968 sein Soziologiestudium begonnen hat» und «von den 80er Rebellen besonders fasziniert war». So suchte er im Vorfeld und während der Untersuchung hauptsächlich über persönliche Kontakte den Zugang zur Bewegung. Er wollte verhindern, dass das Projekt «einer weiteren Öffentlichkeit bekannt würde», damit die untersuchten Bewegten vor «Pressionen aller Art» geschützt seien. Selbst als er in seinen beraubten Arbeitsräumen stand, versuchte er zu verhindern, dass die Affäre ans Licht komme. Kurzum engagierte er einen Maler von der gegenüberliegenden Baustelle und liess die hinterlassenen Spuren der «AG Froschblick» auf eigene Kosten verschwinden. Mit dem Institutsleiter Heintz vereinbarte er, man wolle Ruhe bewahren, oder vielmehr Stillschweigen, um den Fortgang der Studie nicht zu gefährden. Die «Hemmungen», welche, wie er selbst sagt, den Umgang von Kriesi mit der Öffentlichkeit prägten, dienten jedoch nicht bloss dem Schutz der Untersuchten, sondern auch dem der untersuchenden WissenschaftlerInnen selbst. In den Jahrzehnten der Kalten Krieger war kritischen Untersuchungen und ForscherInnen zu viel Öffentlichkeit keineswegs dienlich. So beschäftigte sich ein Mitarbeiter desselben Projektes mit der politischen Mobilisierung von SchülerInnen nach dem Opernhauskrawall an der Kantonsschule Wiedikon. Eines Tages sei der Rektor jener Schule, «ein Freund von Gilgen» im Institut aufgetaucht, und habe gefordert, dass man die Studie einstelle. Dem wurde nicht Folge geleistet, die Studie war eine der acht abgedruckten. Später, im Jahr 1982, wollte Kriesi den betreffenden, bewährten Mitarbeiter am Institut anstellen, was ihm jedoch von der Erziehungsdirektion verweigert wurde, auch die Rekursmöglichkeit wurde ihm versagt.

Kriesis eigene Biografie ist geprägt von Entscheiden dieser Art. So hatte sich Kriesi auf Grund seiner Habilitationsschrift zu den Herrschaftstrukturen der Schweiz politisch deutlich links positioniert. Die Berufungskommissionen waren jedoch damals fest in bürgerlicher Hand, was ihm bis in die 90er-Jahre verunmöglichte, in Zürich eine Professur zu erhalten.

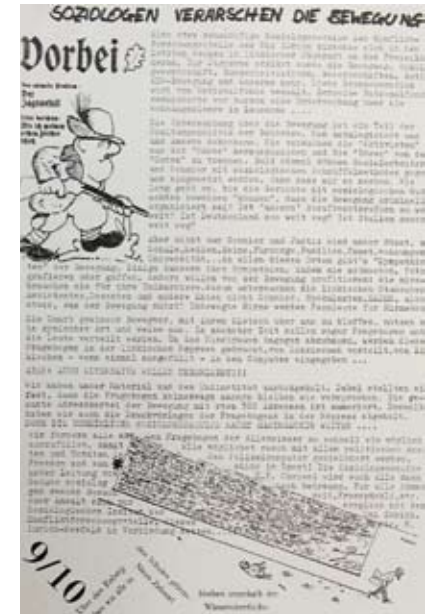
Das Misstrauen gegen Institutionen auf der Seite der Untersuchten war grundlegender: Den «Staat» beschreibt die «AG Froschblick» auf ihrem Flugblatt als Organisationsprinzip der Justiz: Alle Institutionen, auch Schulen und Universitäten,

seien ihm angegliedert, und dienten dadurch letztlich nur der «Schmier». Letztere stelle den Hauptträger des «Staats» dar, und habe durch ihn auch Zugriff auf all jene Institutionen. Kulmination dieser Daten- und Zugangsverknüpfung sei der «Polizeicomputer». Der Argwohn der AG richtete sich deswegen auch hauptsächlich gegen die Art der Informationsbeschaffung. «Sogar Fragebogen» sollten verteilt werden, die «Adresskartei» war «nummeriert». Auch universitäre Sozialwissenschaft diene in diesem Verständnis also zu nichts anderem als zur Informationsbeschaffung für den «Staat». Die «AG Froschblick» trennte nicht mehr zwischen wissenschaftlicher Untersuchung und polizeilicher «Grossoperation». Selbst teilnehmende Beobachtung wurde für sie zur Jagd im Dienste staatlicher Verwaltungsorgane wie dem Nationalfonds. Der Diebstahl an der Universität beschränkte sich denn auch auf das vollkommen berechnete «Zurückholen» von Informationen, sabotiert wurde schliesslich kein Forschungsprojekt, sondern eine Ermittlung. Aus dieser Perspektive wurden alle SoziologInnen zu ErmittlerInnen, teilnehmende BeobachterInnen zu Undercover-AgentInnen. An einer Vollversammlung im Autonomen Jugendzentrum AJZ, in der Kriesi über den Fortgang der Studie diskutieren wollte, wurde ihm gehässig entgegengehalten, Informationen über die Bewegung stellten grundsätzlich eine Gefahr für sie dar. Was auch immer die Absicht und Motive der SoziologInnen seien, in jedem Falle würde ihre Studie gegen die Bewegung missbraucht werden. Deren Stärke bestehe gerade darin, dass die Behörden sie nicht kennen und deshalb nicht wüssten, wie mit der Bewegung umzugehen sei: Jede Art von Information über die Bewegung könnte deren Schwachstellen aufdecken, die der Staat dann sofort ausnützen würde.

SCHWEIZERDEUTSCHE SALZSÄURE UND GEHEIMARCHIVE

Grund zum ängstlichen Umgang mit persönlichen Daten hatten die Bewegten durchaus: Wer «erkannt» wurde, musste mit Folgen rechnen. So veröffentlichte der «Blick» damals den echten Namen von «Frau Müller», die 1980 die «Telebühne-Diskussion» zusammen mit «Herrn Müller» lustvoll sabotiert hatte. Diese gewählt unsorgfältige Veröffentlichung führte zu einer Welle von telefonischen und brieflichen Morddrohungen gegen Frau Müller: «Salzsüüri is Gsicht, s'goht gar nüme so lang, Terrorische-Wiibli». Der Telefonterror in breitestem Schweizerdeutsch wurde unterstützt vom Ansinnen der «Nationalen Aktion», welche die Ausschaffung von Frau Müller verlangte, die, wie alle «Blick»-LeserInnen nun ganz genau wusste, in Bagdad geboren und in der Schweiz aufgewachsen war. Zudem tauchten während der Jahre 1980 und 81 mehrere Flugblätter eines «Ornithologischen Vereins zur Erforschung, Identifikation und Publikation linker

Flugblatt, in dem die «AG Froschblick» ihren Einbruch ins Soziologische Institut rechtfertigt.



Vögel und ihrer Brutgewohnheiten» auf. Auf dem Blatt waren Fotos von AktivistInnen abgebildet, mit der Nennung von Name und Adresse wurde zu weiterführenden Aktionen eingeladen. Doch die meisten derartigen Flugblätter, die in den Archiven liegen, wurden von Bewegten selbst produziert: Die Veröffentlichung von Anschriften und Fotos von Polizeikadern und Stadträten kam regelmässig vor, nicht ohne Konsequenzen: Informationen führten zu Gewalt. Oder – auf der Gegenseite – zur Verhaftung. Die Bedrohungslage hinsichtlich der Strafverfolgung war nicht zu unterschätzen, sie hatte mittlerweile enorme Dimensionen angenommen. Bis Ende August 1981 waren 4.000 Personen im Zusammenhang mit den Jugendunruhen verhaftet und rund 1000 Strafverfahren eingeleitet worden. Gleichzeitig sah man sich mit den immer neuen Ermittlungsmöglichkeiten durch den technischen Fortschritt bedroht. Im Rahmen eines Boykottaufrufs gegen die Volkszählung beschreibt das Bewegungs-Organ «Eisbrecher» die Optimierung der staatlichen Zugriffsmöglichkeiten durch einen «Zentralcomputer». Es würden zwar seit längerem Volkszählungsdaten erfasst, doch seien diese bisher in irgendwelchen Gemeindebüros und einzelnen Polizeistationen verstaubt, in Ordnern und Karteisystemen vergessen worden. Durch die neu verfügbare Technik würden diese Daten nun kombinierbar, und die «Machtkonzentration» erreiche ungeahnte Ausmasse. Indem er auch scheinbar

harmlosere, weniger aussagekräftige Daten verknüpfe, könne der «Zentralcomputer» ein enormes Wissen über einzelne Personen oder Gruppen ermitteln. Die Angst vor dem «Zentralcomputer» hing stark mit der Einführung des KIS (Kriminalistisches Informations System) zusammen. Dieser gesamtschweizerische Polizeicomputer konnte 1,5 Millionen BürgerInnen registrieren und löste deswegen nicht nur bei den Bewegten Orwellsche Alpträume aus. Man befürchtete die Einführung eines präventiven Strafrechts, da der Computer es erlaube, jedes abweichende Verhalten frühzeitig zu erkennen und auszumerzen. Der Hauptverdacht bestand darin, dass jegliche Informationen, nicht nur polizeilich erfasste, in diesen Zentralcomputer eingespeist würden. Jede Volkszählung, jede statistische Erhebung, jede wissenschaftliche Untersuchung konnte – im Datenspeicher mit anderen Informationen kombiniert – erkennungsdienstlich relevant werden und zur eigenen Verhaftung führen. In das Datenschutzgesetz setzte man kein Vertrauen, regelte es doch, aus Sicht der Bewegten, allenfalls die staatsinterne Weitergabe der Daten.

Neben all diesen Zukunfts-Szenarien konnten sich die EinbrecherInnen der «AG Froschblick» auf einen Präzedenzfall stützen: 1976 war durch einen Einbruch der Gruppe «Demokratisches Manifest» das Geheimarchiv des «Subversiven-Jägers» Ernst Cincera ans Licht gekommen. Cincera hatte GymnasiastInnen und Studierende engagiert, die für ihn linksstehende Organisationen und Parteien infiltrierten. Er hatte zwischen 1972 und 1974 Aufzeichnungen zu rund 3500 Personen aus linken Kreisen angelegt. Als Präsident der von ihm gegründeten «Informationsgruppe Schweiz» gab er seine Informationen an InteressentInnen aus Wirtschaft, Verwaltung und Politik weiter, damit «subversive» StellenbewerberInnen aussortiert werden konnten.

DER GEKNACKTE UNIVERSITÄTSTRESOR

Ein Vorfall hatte die Universität im Sommer 1980 nicht nur den Nimbus der Wissenschaftsfreiheit gekostet, sondern allen bewegten SkeptikerInnen deutlich bewiesen, dass auch die Universität nur eine weitere Hilfsinstanz der Polizei ist. Dabei hatte die Beziehung zwischen Bewegung und Universität ganz vertraut begonnen. Ab dem Herbst 1979 arbeitete die Projektgruppe «Community Media» unter der Leitung von Dr. Heinz Nigg am Ethnologischen Institut daran, verschiedene Aktionsgruppen ausserhalb der Universität mit den neuartigen Kommunikationsformen der Videotechnik vertraut zu machen. Die Studierenden stellten in Zusammenarbeit mit den Aktionsgruppen Videoproduktionen her, die auf möglichst wirkungsvolle Weise die Diskussion über die Anliegen der Aktionsgruppen in der Öffentlichkeit anregen sollten. Eine Gruppe produzierte zusam-



Cincera-Karikatur: Karteikasten als Attribut der Bespitzelung. Rechte Abbildung: Flugblatt für eine Protestkundgebung gegen das Aufführungsverbot des «Krawall-Films».

men mit einem Quartierverein einen Film namens «Euses Schpiilplatzfäsch». Der anderen Hälfte der Studierenden war es mit viel Mühe gelungen, Kontakt zu Jugendlichen aus der Bewegung herzustellen. Am 31. Mai 1980 waren sie mit der Videokamera vor dem Opernhaus an der entscheidenden Prozession der Kulturleichen dabei. Der Film zeigt die frühen Stunden der Demonstration und den Übergang zum Opernhauskrawall. Er zeigt sowohl Stein- und Eierwürfe der Demonstrierenden als auch den Einsatz der Polizei. In hastigen Stellungnahmen behaupten Demo-TeilnehmerInnen, die Demonstration sei friedlich geplant gewesen, erst der Eingriff der Polizei habe zur Eskalation geführt. Der Schlussteil des Filmes ist geprägt von der Flucht des Videoteams und anderer Demonstrierender vor der Polizei.

Der Film wurde im Theater am Neumarkt, in der Roten Fabrik und im Volkshaus vor mehreren hundert Leuten gezeigt. Kurz darauf, am 6. Juni 1980, verbot der Erziehungsdirektor jede weitere Aufführung. Seiner Ansicht nach gehöre das Filmmaterial und somit auch der Film dem Staat, da er mit staatlichen Mitteln im Rahmen eines staatlichen Forschungsauftrags gedreht wurde. So verlangte er vom zuständigen Institutsleiter Professor Löffler, dass er das Material



umgehend «behändige». Die Projektgruppe um Dr. Nigg weigerte sich jedoch, da dies nicht im Sinne der gefilmten Personen sei und verwies auf das Vertrauensverhältnis zwischen ForscherInnen und Untersuchten. Am 9. Juni drohte Gilgen Löffler mit der Absetzung, da das Material noch immer nicht abgegeben wurde. An der Uni fand am selben Tag eine Protestaktion mit ungefähr 2000 Leuten statt, an welcher der Film erneut gezeigt wurde. Am 10. Juni wurden sogar 20 Sekunden davon im Schweizer Fernsehen gesendet. Trotz einer schriftlichen Weisung stellte sich Löffler weiterhin hinter den Entscheid der Arbeitsgruppe. Gilgen verkündete daraufhin in der Presse, die Universität sei «keine Insel im Rechtsstaat (...), wo jeder einfach seine eigene Ordnung schaffen kann» und drohte mit Konsequenzen. Schliesslich fand man eine Kompromisslösung: Am 17. Juni wurde das Filmmaterial von Universitätsrektor Hilty in den Universitätstresor eingeschlossen.

Der Film führte auch zu Eingriffen in die Lehrbetrieb der Universität: Die Hochschulkommission begrüßte das Aufführungsverbot, Apparate und Videofilme der Universität dürften nicht verwendet werden, um unmittelbar in politischer Agitation mitzuwirken. Die Erteilung der für das Ethnologische Seminar beantragten Lehraufträge für das Wintersemester 1980/81 wurden vorläufig ausgesetzt, die Philosophische Fakultät I angewiesen, die Wissenschaftlichkeit der Kurse am Ethnologischen Institut zu überprüfen. Die Studierendenverbände der Uni (VSU) und der ETH (VSETH) wiesen diese Beschlüsse schärfstens zurück, was sie mit diversen Protesten, Streiks und Aktionen kundtaten. Der VSU begann als Reaktion darauf umgehend mit einer Spendensammlung, um die Weiterführung der Kurse der Gruppe «Community Media» zu ermöglichen. Die Philosophische Fakultät I verweigerte sich dem Auftrag der Überprüfung nicht, stellte sich jedoch nach einem erklärenden Vortrag von Professor Löffler hinter das Ethnologische Seminar und lehnte jede weitere Überprüfung der Lehraufträge ab. Doch die Hochschulkommission setzte sich über diese Empfehlung hinweg: Der Lehrauftrag für Dr. Heinz Nigg wurde nicht verlängert, auch die übrigen Lehraufträge im Fach Ethnologie bewilligte sie nur mit der Auflage, die Veranstaltungen

Die Originalbänder des «Opernhaus-Krawallfilms» sind heute im Fundus des Völkerkundemuseums. Die roten Spuren rühren vom Siegellack der richterlichen Beschlagnahmung her. Luc Schaedler, Assistent für «Visuelle Anthropologie».

beobachtend zu begleiten und einen «Ergänzungsbericht über den Stellenwert bestimmter ethnologischer Forschungsrichtungen» zu verfassen.

Mit der Einschliessung des Films schien der Konflikt beigelegt. Erziehungsdirektor Gilgen hatte danach auch keine Herausgabe mehr verlangt und versprach Rektor Hilty, den Film ohne seine Einwilligung niemandem auszuhändigen oder vorzuführen. Gilgen hielt sich an das Versprechen: An einer Visionierung waren weder er noch die Kommission je interessiert. Für sie wurde mit der Verwahrung im Universitätsstresor gewährleistet, dass das Material aus dem Verkehr gezogen wurde und so seine vermeintlich politische Wirksamkeit verlor. Die Einschliessung hatte jedoch auch für die BefürworterInnen und MacherInnen des Films eine grosse symbolische Funktion: So sagte Rektor Hilty rückblickend, es sollte damit unterstrichen werden, dass «wissenschaftliches Material den Schutz der Freiheit von akademischer Lehre und wissenschaftlicher Forschung geniessen muss». Doch Ende Juni war die Staatsanwaltschaft durch Medienberichte auf die potentiellen Beweismittel aufmerksam geworden. Sie nahm an, dass das Videomaterial zur Eruierung weiterer, bisher nicht bekannter Straftaten und StraftäterInnen geeignet sei. Nach einigen informellen Anfragen, die zurückgewiesen wurden, überbrachte man dem Rektorat eine Herausgabeverfügung. Ein Rekurs gegen diese Verfügung war wirkungslos. Am 2. Oktober 1980 «visionierten» fünf VertreterInnen der Strafverfolgung den Film, kamen aber zum Schluss, dass der Film keine «Beweiseignung» habe und für die Ermittlung «weiterer Straftaten und Straftäter praktisch wertlos» sei. Der Film landete wieder im Tresor.

Diese Visionierung war für die bewegten BeobachterInnen der Universität ein deutliches Zeichen dafür, dass ihr Misstrauen in alle staatlichen Institutionen mehr als gerechtfertigt war. Der Vorfall bewies trotz seiner strafrechtlichen Wirkungslosigkeit, dass es den Strafverfolgungsbehörden ein Leichtes war, mit juristischer Rückendeckung universitäre Daten zu «behändigen». Ironischerweise war es gerade der vermeintliche Schutz des Universitätsstresors, jenes Symbol einer verwahrenden Wissenschaftsfreiheit, der den Film der Staatsverfolgung so leicht zugänglich machte. Die Universität erschien als Datenerfassungsapparat, als schwaches Instrument des «Staates», trotz des Vertrauen heischenden Geredes von der Freiheit der Wissenschaft. Ein Zitat aus der Zeitung «Volksrecht» vom 3. Oktober 1980 macht dieses Unbehagen deutlich:

«Sich einem Psychiater für Tiefeninterviews zur Verfügung zu stellen, einem Ethnologen seinen Alltag und sein Verhalten in der Familie erzählen, einem Politologen Auskunft geben über sein politisches Verhalten, über das eigene politische Denken, über die Kritik an der Politik? Hier, in Zürich von Gilgens Gnaden?

Niemals! Wo kommen wir denn hin? Man weiss ja nicht, was mit dem Material geschieht ...»

VERFOLGUNGSWAHN UND MOHN

Insgesamt wäre es eine Verharmlosung, zu behaupten, dass es in der damaligen Schweiz keinerlei Anlass zu Skepsis gegenüber dem Staat gegeben hätte. Einige Jahre später, 1989, bei der Aufdeckung des Fichenskandals, musste die ganze Bevölkerung realisieren, dass der Staat durchaus zu viele Informationen hatte. Doch wie ihre konservativen GegnerInnen hatten sich Teile der Bewegung zunehmend in einen verbissenen Dogmatismus gesteigert. So wie die kalten Krieger aus den bürgerlichen Reihen die Hoffnung nie ganz aufgaben, die Unruhe der Schweizer Jugend liessen sich bloss auf Manipulationen aus Moskau zurückführen, verfiel die Bewegung zunehmend auch jenen simplen Erklärungsmustern, die hinter allem die staatliche bzw. bürgerliche Vollzugsmacht witterten. Hinter jeder Zeitung steckten reaktionäre Wirtschaftsmagnate und hinter jeder staatlichen Institution die faschistoide Polizei. Fragebogen waren von Wasserwerfern kaum mehr zu unterscheiden. Die Sabotage von Kriesis Studie fällt in die letzte Phase der Bewegung, ihre Blüte war im Frühling 1981 längst überschritten. Müde von den rechtlichen Folgen des Sommers 1980, dem Scheitern des AJZ und der mangelnden Unterstützung durch die staatlichen Kräfte, waren die Aktionen zunehmend einseitig geprägt von Rachegeleüsten und radikaler Verweigerung. Man rächte sich an Herrschenden und grenzte sich von nahestehenden Gruppen ab, die sich dem «System» nicht gänzlich verweigert hatten. Die Soziologiegruppe stand für die EinbrecherInnen der «AG Froschblick» wohl irgendwo in der Mitte zwischen Anpassung und Verrat.

Im Juli 1982 sähte das Gartenbauamt auf dem AJZ-Areal für 100 000 Franken eine Unkrautwiese an, Korn- und Sonnenblumen, weissen und rosaroten Mohn. Auf Wut folgte Resignation und mit ihr erschloss sich das nächste Forschungsfeld für Stadtsoziologie: Die Drogenszene in Zürich umfasste mittlerweile an die 5 000 HeroinkonsumentInnen mit einem stolzen Tagesumsatz von einer halben Million Franken.